

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 487

Einwohnerratssitzung vom Montag, 03. Februar 2020, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	31/32/33 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Anwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Alex Flück, Walter Keller, Rebecca Moldovanyi, Nebiker Matthias, Patrick Ritschard, Gerold Stadler, Christine Weiss, Sylvie Anderrüti (ab 19.15 Uhr), Paul Dalcher (ab 19.50) Gemeinderat: -	
Vorsitz	Stephan Ebert	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Benedict Simon Breitingen, SP, anstelle von Carmen Züllli 3211
2. Motion der SVP-Fraktion, Joseph Bachmann, betreffend „Aufteilung Jagdrevier Pratteln“ 3207
3. Digitalisierung der Einwohnerratssitzung; Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates – 1. Lesung (2. ergänzte Vorlage) 3044/3143
4. Beantwortung Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Vogelschutz am Bau“ 3148
5. Postulat der SVP-Fraktion, Simone Schaub, betreffend „Hundespielplatz auf dem Gottesacker“ 3199
6. Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Steuerveranlagung durch Kanton oder Gemeinde?“ 3200
7. Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Mögliche Deponie-Standorte für Aushub und Inertstoffe“ 3205
8. Postulat der SP-Fraktion, Marcial Damuzer, betreffend „Elterntaxi – die Situation ist am ausarten“ 3206
9. Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Konzept für ein zielführendes Langsamverkehrswegnetz nach Pratteln Nord“ – Zwischenbericht 3132

- | | | |
|-----|--|------|
| 10. | Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung „Arco Verde“ | 3151 |
| 11. | Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Umgestaltung des Grossmattschulhausplatzes“ | 3203 |
| 12. | Fragestunde | |

Begrüssung

Stephan Ebert: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, liebe Gäste und liebes Publikum. Ich begrüsse sie zur 487. Einwohnerratssitzung.

Präsenz

Es sind zurzeit 31 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 16, das Zweidrittelmehr 21 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Die Antwort des Regierungsrates Basel Landschaft betreffend der dringlichen Resolution „Definitive Verlängerung der Bahnhofperrons im Hinblick auf das ESAF 2022 und Einführung eines definitiven Schnellzughalt auf der SBB Linie in Pratteln“ ist eingetroffen. Diese wurde den Mitgliedern des Einwohnerrates per E-Mail zugestellt.

Die Teilrevision des Lohn und Zulagenreglements tritt per 1. Februar 2020 in Kraft.

Mitteilungen des Gemeinderates

keine Mitteilungen

Neue parlamentarische Vorstösse

keine

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Die Geschäfte Nr. 3132, 3151 und 3203 wurden auf Wunsch von Paul Dalcher an den Schluss des Geschäftsverzeichnisses versetzt, weil er heute später kommt. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3211

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Benedict Simon Breitinger, SP, anstelle von Carmen Zülli

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 16. Januar 2020

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Benedict Simon Breitinger, SP

Geschäft Nr. 3207

Motion der SVP-Fraktion, Joseph Bachmann, betreffend „Aufteilung Jagdrevier Pratteln“

Aktenhinweis

- Motion der SVP-Fraktion, Joseph Bachmann, betreffend „Aufteilung Jagdrevier Pratteln“ vom 18. November 2019

GR Emanuel Trueb tritt in den Ausstand.

GR Christine Gogel: Der Gemeinderat bedankt sich bei Sepp Bachmann für diesen Lösungsvorschlag. Wir anerkennen, dass er konstruktiv mithelfen will, einen Ausweg aus dieser stagnierenden Situation zu finden. Leider ist diese Motion nicht der richtige Weg dazu. Eine als erheblich erklärte Motion bedeutet, dass sie für den Gemeinderat verbindlich ist und er innert nützlicher Frist dem Einwohnerrat eine schriftliche Vorlage unterbreiten muss. Bei der Vergabe zur Jagdpacht sind wir jedoch in einem laufenden Verfahren beim Kantonsgericht; darum liegt diese Sache auf Eis und uns sind die Hände gebunden, irgendetwas zu unternehmen. Der Gemeinderat bittet euch daher, die Motion als nichterheblich zu erklären. Wir sind aber gerne bereit, dieses Anliegen als Postulat entgegenzunehmen, weil wir dann Auskunft zur Idee von Sepp Bachmann geben können.

Sepp Bachmann (Motionär): Es geht mir nicht darum, jemanden zu diffamieren, mir geht es ums sparen. Wir müssen unnötige Kosten sparen. Es geht nicht, dass wir fremde Jäger im Dorf haben, die die Jagd machen sollen und wir müssen sie noch bezahlen dafür. Hingegen: Wenn wir die Pacht vergeben, haben wir zwei Jagdgesellschaften, die etwas an die Gemeinde zahlen und so keine Kosten entstehen. Wie ich weiss, kann man jedes Verfahren, das vor Gericht am Laufen ist, mit einem Antrag zurückziehen und behandeln oder aussergerichtlich regeln.

Beratung über die Erheblichkeit

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen möchte nicht, dass diese Motion als erheblich erklärt wird und wir sind auch nicht für ein Postulat. Es geht um eine Aufspaltung des Jagdrevieres in zwei Hälften. Ich halte dies nicht für sinnvoll. Es geht ja auch darum, die Wildbestände zu regulieren und wenn die Jagdreviere immer kleiner werden, lässt sich die Regulation der Bestände nicht mehr sinnvoll erledigen. Die Wildbestände funktionieren sowieso auf einer grösseren Scala und bei zu kleinen Jagdrevieren funktioniert dies nicht mehr. Was würde passieren, wenn sich eine dritte Jagdgesellschaft melden würde? Würde das Jagdrevier dann gedrittelt, eventuell geviertelt? Lassen wir also das Jagdrevier in seiner bisherigen Grösse und die beiden Jagdgesellschaften, oder was sie auch immer sind, sollen sich selber einigen. Wir haben das Thema Jagd im Einwohnerrat schon mehrfach diskutiert und es wurde hierüber schon genug geredet. Also warten wir ab, bis dieser und eventuell folgende Rechtsstreitigkeiten gelöst sind.

Eva Keller: Einige Personen der SP-Fraktion würden ein Postulat wahrscheinlich unterstützen, nicht aber eine Motion. Uns ist die Beendigung dieser unendlichen Geschichte unseres Jagdrevieres sehr wichtig, wobei wir eine Teilung des Jagdrevieres nicht als sinnvoll und praktikabel beachten, wie es Benedikt Schmidt gerade gesagt hat.

Thomas Sollberger: Auch der FDP-Fraktion wäre es lieber, die Gemeinde würde mit der Verpachtung der Jagd Geld einnehmen und nicht für Jäger und Juristen - wie es seit längerem ist - ausgeben müssen. Wie wir vorher gehört haben, ist das Verfahren immer noch am Laufen und darum kann man nicht, wie GR Christine Gogel schon gesagt hat, während des Spieles die Spielregeln ändern. Dies ist ein politisches No-Go. Es hätte anders ausgesehen, wenn beide beteiligten Jagdgesellschaften den Vorschlag dieser Motion aufgenommen und gemeinsam gebracht hätten. Offensichtlich ist dies nicht der Fall und darum ist die FDP-Fraktion für eine Nicht-Erheblichkeitserklärung dieser Motion.

Joseph Bachmann bleibt bei der Form der Motion.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 21 Nein-Stimmen zu 9 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Die Motion wird als nicht erheblich erklärt.

Es sind nun 32 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 21 Stimmen.

Geschäft Nr. 3044/3143 Digitalisierung der Einwohnerratssitzung; Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates – 1. Lesung (2. ergänzte Vorlage)

Aktenhinweis

- Antrag des Büros des Einwohnerrates vom 3. Februar 2020

Auf dem Referentenplatz nehmen Claudia Herzog (Bereich Recht) und Sandra Meier (Bereich Kommunikation) Platz. Die Fraktionen wurden vorab über die Vorlage orientiert.

Sandra Meier: Das Büro des Einwohnerrates hat mich gebeten, die Vorlage in kurzen Worten zusammenzufassen. Ziel dieser Vorlage ist die einfache und medienbruchfreie Abwicklung der Einwohnerratsgeschäfte. Diese Vorlage fusst auf dem Legislaturziel 9.0, das Gemeinderat und Einwohnerrat zu Beginn der Legislatur verabschiedet haben. Die Vorlage besteht aus drei Teilen: Der erste Teil ist der papierlose Ratsbetrieb. Es handelt sich um eine digitale, geschützte Plattform, mit der sich die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte auf die Sitzungen vorbereiten. Beim zweiten Teil handelt es sich um das Tonprotokoll mit einem ausführlichen Beschlussprotokoll, welches das Votesprotokoll ersetzt. Beim dritten Teil handelt es sich um das Abstimmungssystem per Knopfdruck, welches das Abstimmungsverhalten transparent macht.

Anschliessend an die Präsentationen in den Fraktionen haben wir noch einige zusätzliche Abklärungen getroffen. Zum Tonprotokoll kann ich noch sagen: Auf der digitalen Plattform lassen sich Stichworte zu jedem Votum hinterlegen, nach denen man suchen kann. Dies können einzelne Wörter oder Wortgruppen sein und war ein Wunsch aus den Fraktionen. Die Beschlagwortung der Tonprotokolle muss zwingend während der Sitzung vorgenommen werden. Eine digitale Spracherkennung hingegen gibt es nicht. Zum Abstimmungssystem per Knopfdruck: Die aufgezeigte Darstellung können wir zur Verfügung stellen. Die Darstellung der Abschlussabstimmungen muss während der Sitzung abgespeichert werden. Möchte man diese Darstellungen beispielsweise auch im Votesprotokoll haben, ergibt dies einen administrativen Mehraufwand und zusätzlichen Papierverbrauch. Diese Vorlage begrüsst unumgängliche gesellschaftliche Veränderungen und kitzelt ein wenig an der Frage, mit wie vielen digitalen Medien der Einwohnerrat in Zukunft arbeiten will.

Diskussion

Urs Schneider: Ich danke für die überarbeitete Vorlage. Man hat nun einige Sachen in die Vorlage gepackt, die wir schon hatten und alles ergänzt. Die Teilrevision des Geschäftsreglementes ist aber nicht nur positiv aufzufassen. In unserer Fraktion gab es viele Fragen, ob wir überhaupt so weit gehen können und ob wir dies auch wollen. Bei der Plattform handelt es sich sicher um eine gute Sache, die sich nutzen lässt. Auch im Landrat benutzen wir etwas ähnliches, wo man alles digital anschauen, herunterladen und damit arbeiten kann. Das funktioniert gut, aber man darf das Papier trotzdem nicht ganz vernachlässigen. In der Vorlage wird viel über „Sparen und Nachhaltigkeit“ geschrieben bezüglich Finanzen und auch Papier. Diese Argumente zählen für mich nicht, weil eine Digitalisierung nie günstiger ist als etwas anderes. Wir sind ja beim Eintreten und werden später noch diverse Anträge stellen. Ich kann mir auch vorstellen, bevor man alles ausdiskutiert, das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen. Wir wollen niemanden ausgrenzen und auch ich musste mich daran gewöhnen, im Landrat mit dem Laptop zu arbeiten, auch wenn ich es lieber in Papierform habe. Man muss jedes Mal den Laptop hervorheben und ob dies nachhaltig ist, glaube ich nicht. Ich habe lieber zu Hause auf dem Tisch oder dem Sofa ein Stück Papier und ich kann jederzeit lesen oder Bemerkungen anbringen, ohne die digitalen Mittel zur Hand zu nehmen. Zum Votesprotokoll: Ich bin sehr skeptisch, ob man es in dieser Form machen will und auch hier wäre für mich die Papierform einfacher. Dazu gab es auch bei uns in der Fraktion viele Fragezeichen. Zum Abstimmungssystem: Letztes Mal wurde bemängelt, dass man nicht sehe, wer wie abstimmt und nun befindet sich in der Vorlage ein System, das uns passt. Hierzu haben wir später noch einen Antrag.

Lesung

1.6.4 Sitzungen

Emil Job: „Protokolle und Beschlüsse können digital aufbewahrt werden“ heisst es, in der Vorlage. Denkt daran, dass die Schriftform gewahrt und archiviert werden muss und denkt auch daran, dass die elektronische Archivierung nicht einfach ist.

Andreas Moldovanyi: Auch ich bin der Ansicht, dass weiterhin normalerweise alle Unterlagen in Papierform abgegeben werden und dass es jeder einzelnen Person des Rates möglich ist, proaktiv auf die Zusendung von Papiermaterial zu verzichten. Dies würde nicht nur für umfangreiche Unterlagen gelten, sondern generell für alle Unterlagen.

Urs Schneider: Wir haben vorhin gehört, dass auch von anderer Seite aus der Wunsch nach der Papierform vorhanden ist. Dies muss man jetzt festlegen. Wenn es so durchgeht wie hier geschrieben, erhalten wir die Unterlagen nicht mehr in Papierform. Daher soll Ziffer 1.6.4 wie folgt ergänzt werden: „Auf Wunsch werden einem Einwohnerratsmitglied die Unterlagen weiterhin in Papierform zugesendet“. *Antrag von Urs Schneider*

Andreas Moldovanyi: Mein Antrag ist, dass die Unterlagen weiterhin in Papierform gestellt werden, ausser man verzichtet explizit darauf. „Proaktive Verzichtsmöglichkeiten auf Unterlagen“ lautet die Textergänzung. *Antrag von Andreas Moldovanyi*

Diskussion über die beiden Anträge

Kevin Beining: Ich zeige hier mein Tablet und dazu gehört auch ein Stift, mit dem man wie auf Papier auf dem Tablet schreiben kann. Ich verstehe, wenn jemand wirklich Papier möchte und deswegen finde ich auch den Vorschlag gut, dass jemand die Papierversion haben möchte. Ich bin aber nicht dafür, dass man es digital verlangen muss, sonst gibt es weiterhin Papier. Bei mir kommt das meiste Papier ins Altpapier. Man findet schon vieles elektronisch und was es so nicht gibt, erhalten wir als Papier. Ich bitte darum ein Zeichen zu setzen und wer weiterhin Papier will, kann dies verlangen und die Anderen erhalten es elektronisch. Damit wird etwas Papier gespart und auch Portokosten.

Andreas Seiler: Es handelt sich um ein Geschäft des Büros des Einwohnerrates, in dem alle Fraktionen des Einwohnerrates vertreten sind und mit denen das Geschäft vorbereitet und besprochen wurde. Darum bin ich erstaunt, dass von verschiedenen Fraktionen Opposition gegen den Kern dieses Geschäftes kommt und man es im Büro nicht oder zu wenig abgeklärt hat. Das Büro ist wie eine Kommission, wo alle Fraktionen vertreten sind und das Geschäft vorbereiten sollte. Wenn wir nun die Reglementsänderung zerpfücken, habe ich ein schlechtes Gefühl, ob am Schluss noch etwas Gutes resultiert. Es gibt noch eine zweite Lesung, an der sich korrigieren lässt, aber wir von der FDP-Fraktion sind mit der Vorlage, wie sie hier vorliegt, einverstanden – mit Ausnahme der Abschaffung des Weibeldienstes. Wenn wir nun einer fundamentalen Änderung wie von der SP beantragt - dass man grundsätzlich allen das Papier schickt und nur diejenigen, die darauf verzichten, erhalten es digital - stellt sich für mich die Frage nach Kosten und Nutzen der digitalen Plattform. Wir sollten das annehmen, was uns das Büro vorbereitet hat und nicht ändern.

Kurt Lanz: Natürlich kann man es sehen, wie man will und ich denke, es gäbe einen relativ einfachen Mechanismus, um dem Antrag von Andreas Moldovanyi nachzukommen. Andreas Moldovanyi sagt ja nur, dass man es in Papierform haben kann. In weniger als einem halben Jahr haben wir eine neue Zusammensetzung des Einwohnerrates und die Verwaltung kann jede Person fragen, wie sie die Unterlagen gerne hätte. Diese

Person gibt Antwort und muss nicht darum betteln, es in Papierform zu erhalten. So, wie es Andreas Moldovanyi vorschlägt, ist es keine Hexerei, ausser, man will partout nicht.

Benedikt Schmidt: Mich verwundert nicht, dass es eine Diskussion gibt, weil die gesamte Vorlage unausgegoren ist. Man könnte 1.6.4 belassen, wie es ist. Dort steht nämlich nur, dass die Einladungen zusammen mit einer Geschäftsliste mindestens 14 Tage vor der Sitzung zugestellt werden. „Zugestellt“ hiess früher, per Brief und warum heute nicht per Mail? Aus meiner Sicht müsste man das Reglement gar nicht ändern; die Unterlagen müssen zugestellt werden und der Einwohnerrat meldet selber, in welcher Form er es hätte. Die ursprüngliche Lösung ist gar nicht schlecht. Dort steht einzig, dass die Einladung und die Geschäftsliste publiziert werden. Was mit den Geschäften geschieht, steht nicht im Reglement. Ob wir die Geschäfte per Post erhalten oder ob sie auf der Homepage erscheinen, wird im Reglement nicht geregelt. Eigentlich müssten wir uns zu den Geschäften äussern, wie diese zugestellt werden. Urs Schneider hat sich zu einer Spezialkommission geäussert. Wenn ich die Diskussion zu dieser ersten Ziffer verfolge, wäre eine Spezialkommission nicht schlecht.

Abstimmung über den Antrag von Urs Schneider

Auf Antrag von Urs Schneider, SVP, beschliesst der Rat mit grossem Mehr:

://: Ziffer 1.6.4 wird wie folgt ergänzt: „Auf Wunsch werden einem Einwohnerratsmitglied die Unterlagen weiterhin in Papierform zugesendet“.

Abstimmung über den Antrag von Andreas Moldovanyi

Der Antrag von Andreas Moldovanyi, SP, ist obsolet.

Fortsetzung der Lesung

1.9.4.2 Protokolle und Beschlüsse

Petra Ramseier: Eine Frage: „Protokolle und Beschlüsse können digital aufbewahrt werden“ steht hier. Können diese auch nicht aufbewahrt werden? Irgendwie müssen sie ja archiviert werden. Wird auf Papier aufbewahrt, obwohl wir digital sind. Je nach Antwort werde ich einen Antrag stellen. Ich hätte formuliert: „Protokolle und Beschlüsse werden digital aufbewahrt“.

Claudia Herzog: Die Kann-Form wurde bewusst gewählt, weil wir nicht genau wussten, zu welchem Zeitpunkt die Digitalisierung der Archivierung so weit fortgeschritten ist, dass wir sicher sind, die bundesgesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Soweit es möglich ist, werden wir digital archivieren. Wenn das System noch nicht so weit ist, wenn diese Regelung in Kraft tritt, werden wir in Papierform archivieren.

Emil Job: Ich bin erstaunt, dass bei dieser Überarbeitung „nur“ die bundesrechtliche Verordnung über Geschäftsbücher erwähnt ist und nicht auch das kantonale Archivierungsgesetz, das für uns viel wichtiger ist und inhaltlich weiter geht.

Petra Ramseier: Wie lange wird archiviert? Diese Angabe habe ich in der bundesrechtlichen Verordnung nicht gefunden. Wird eine Mindestdauer definiert?

Claudia Herzog: Man hat die Vorgabe, dass sämtliche Beschlüsse und Protokolle der Gemeindebehörden vollständig und dauerhaft zu archivieren sind.

Fortsetzung der Lesung

3.1.1 Vorlagen des Gemeinderates und der Kommissionen
3.3.1.3 Berichterstattung Keine Wortmeldungen

2.7 Protokoll

Petra Ramseier: Wir sind klar dafür, dass es weiterhin ein Votenprotokoll gibt. Es muss nicht auf Papier sein, aber digital, d. h. die Voten müssen entsprechend festgehalten werden. Sollte es zu einem Tonprotokoll kommen, sind unserer Meinung nach zwei Jahre online zu wenig, weil wir doch recht oft in die Votenprotokolle schauen und viele Geschäfte länger laufen als zwei Jahre, siehe Salina Raurica. Ich habe im ältesten Protokoll nachgeschaut, das momentan online verfügbar ist – aus dem Jahr 2002 – und siehe da, es wird über Salina Raurica geredet. Wenn man jedes Mal auf die Gemeinde muss, wird es zu mühsam.

Andreas Moldovanyi: Im Wesentlichen ist das, was gerade gesagt wurde, auch unsere Meinung und deshalb mein schriftlich formulierter Antrag, das Reglement so anzupassen, dass sowohl Voten als auch Beschlüsse schriftlich festgehalten werden. Ich bin übrigens auch der Ansicht, dass man es zu einem späteren Zeitpunkt abhören will, keine Suchfunktion zur Verfügung hat. Wenn man es digital schriftlich ablegt, hat man diese Funktion und kann etwas Bestimmtes suchen. Wenn man alle Voten abhören muss, hat man diese Chance nicht. Der Antrag lautet: „Das Protokoll muss weiterhin auch schriftlich vorliegen einschliesslich Diskussionen. Die gesamten Punkte unter Punkt 2.7 sind dahingehend anzupassen“.

Antrag von Andreas Moldovanyi

Diskussion zum Antrag von Andreas Moldovanyi

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass man in Zukunft nur noch die Beschlüsse schriftlich protokolliert und die Voten als Audiodatei zur Verfügung stellt. Dies spart viel Arbeit auf der Gemeindeverwaltung ein, weil das Abtippen der Tonaufnahmen ein riesiger Aufwand von vielen Stunden ist, den es nicht unbedingt braucht. Man kann es mit Schlagwörtern versehen, wie wir vorher gehört haben und man kann auch die einzelnen Geschäfte und sprechende Personen in den aufgeschalteten Audiodateien anklicken. Die Frist von zwei Jahren erscheint mir persönlich auch etwas kurz, aber im Grundsatz sind wir dafür, dass wir bei der neuen Version, den Audioprotokollen, bleiben und den Antrag, wieder zur alten Version zurückzugehen, ablehnen.

Emil Job: Man verlagert die Arbeit auf die Einwohnerräte: Nämlich abhören und selber herausfinden, was man braucht. Ausserdem ist es dann nicht mehr so einfach, ein Votum zu zitieren, was auch gerne gemacht wird und darum sind wir der Meinung, dass Eine machen und das Andere nicht lassen. Man darf gerne ein Audioprotokoll machen, aber nicht ausschliesslich. Wir möchten ein Votenprotokoll, wir möchten es schriftlich, aber es muss nicht auf Papier sein und darf gerne elektronisch vorliegen. Schriftlich heisst nicht, dass es auf Papier ausgedruckt sein muss und daher sind wir der Meinung, wir brauchen ein Votenprotokoll. Falls sich das Audioprotokoll bewährt, können wir beispielsweise in einem Jahr dies wieder ändern und anpassen. Aber heute sind wir nicht der Meinung, dass es eine gute Idee ist, sang- und klanglos auf das Votenprotokoll zu verzichten.

Urs Schneider: Wir haben uns zu Beginn mit dem Gedanken, dass es kein Votenprotokoll mehr gibt, schwer getan und uns in der Fraktion durchgerungen, dass man gesagt hat, dass wir dies probieren und die Tonaufnahme zur Verfügung stellt. Wichtig ist, dass man es vernünftig findet und es wurde uns auch erklärt, dass man nach dem Namen

suchen kann und auch wer wann was gesagt hat und damit sollte ein Tonprotokoll machbar sein. So sind wir damit einverstanden, die Beschlüsse schriftlich zu machen und die Voten mittels Tonprotokoll festzuhalten. Damit können wir leben. Zu Punkt 2.7.5 habe ich bereits einen Antrag abgegeben, die Frist von zwei Jahren auf zehn Jahre zu verlängern.

Kurt Lanz: Es ist noch nicht lange her, da habe ich hierin einen Vorstoss gemacht und ich mache es genauso, wie es Emil Job vorhin erklärt hat. Aus diesem Grund kommt für mich nicht in Frage, auf das schriftliche Protokoll zu verzichten. Auch für mich heisst schriftlich nicht, dass es in Papierform vorliegt - ich habe schon einmal früher gesagt, ich könnte auf die Papierform verzichten. Wenn ich es im Internet als pdf finde und auf meine Maschine holen kann, ist dies für mich ausreichend und als Papier brauche ich es nicht. Mir ist klar, dass nicht beim Papier gespart wird, sondern beim Abtippen. Ich bin der Meinung, dass unsere Demokratie uns etwas wert sein darf und ein Einwohnerratsprotokoll ist wirklich nicht weit weg von der Demokratie. Zusätzlich bin ich gespannt, welche Informationen ich jetzt noch erhalte. An der Fraktionssitzung haben auch wir nach der Suchfunktion gefragt und man hat uns gesagt, man würde dies noch genauer abklären. Aber ganz genau weiss ich es bis jetzt nicht. Kann ich in das File reden, damit es gleich tönt? Wie kann ich auf vernünftige Art finden, was ich suche? In einem pdf-Dokument kann ich etwas quer lesen und sehr schnell einen Suchbegriff eingeben und meine Maschine springt dann dorthin und ich kann es direkt lesen. Wie geht dies bei einer Tonaufnahme und wie packe ich die Tonaufnahme ein, wenn ich einen Vorstoss mache, der darauf beruht, dass hierin etwas gesagt wurde, das man nachher nicht eingehalten hat? Wie funktioniert dies? Ich weiss es nicht und aus diesem Grund vertrete ich die Ansicht von Emil Job und bin der Meinung, man könne beides parallel laufen lassen und anschauen, wie und ob es sich bewährt. Aber jetzt auf einmal auf die schriftliche Version des Protokolls zu verzichten, geht mir zu weit. Daher bin ich der Meinung, eine Legislatur oder eine halbe Legislatur beides parallel laufen zu lassen und wir können herausfinden, wie es funktioniert. Dann können wir später über etwas diskutieren, das wir ausprobieren konnten. Aber bitte nicht so, wie es jetzt gedacht ist.

Kevin Beining: Für ein Tonprotokoll sprechen zwei Pluspunkte: Erstens hat man das Problem mit der Verfälschung nicht. Jeder, der ein Interview schreiben musste, weiss, dass man etwas Gesagtes bis zu einem gewissen Grad verfälschen kann. Dies ist bei einem Votenprotokoll auch nicht anders. Mit einem Tonprotokoll ist dies grundsätzlich ausgeschlossen, weil man die Originalstimme hat. Zweitens sparen wir Kosten, was ein gutes Argument ist und so können wir rund CHF 20'000 sparen. Und wenn wir nicht bei uns anfangen, wo sollen wir sonst kürzen?

Es sind nun 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Sandra Meier zur Suchfunktion: Es ist nicht so, dass man ins Votum redet. Die einzelnen Voten werden beschlagwortet, man hinterlegt Stichwörter zu jedem einzelnen Votum. Nach diesen Stichwörtern kann man nachträglich suchen, entweder über das einzelne Votum oder über alle Voten und Sitzungen hinweg. Zur Parallelität: Bei einem Parallellaufen beider Protokolle - sowohl Tonprotokoll als auch Votenprotokoll - steigt der Aufwand der Verwaltung extrem.

Benedikt Schmidt: Ich bitte auch, das schriftliche Votenprotokoll beizubehalten. Ich brauche es relativ häufig und finde es extrem praktisch, wenn man in der pdf-Datei suchen kann und dann auch findet. Dazu, wie es beim Tonprotokoll genau aussieht, haben wir gerade einige Eigenschaften gehört und ich finde, wir kaufen hier die Katze im Sack, weil wir gar nicht wissen, was das Tonprotokoll wirklich kann und wie es sich mit dem jetzigen Votenprotokoll vergleicht. Ich finde es falsch, das schriftliche Votenprotokoll ein-

fach aufzugeben. Wenn nach Sparmöglichkeiten gesucht wird, könnt ihr in der Synopse im alten § 2.7.2 nachlesen: „Die Hauptgesichtspunkte der Diskussion sind festzuhalten“. Das jetzige Reglement verlangt nicht, dass wir eine wortwörtliche Abschrift dessen haben, was jeder Einwohnerrat gesagt hat. Man könnte es jetzt schon vereinfachen und nur die Kernaussagen jeder einzelnen Person des Einwohnerrates protokollieren. Man kann also jetzt schon vereinfachen; deswegen müssen wir kein Tonprotokoll anschaffen.

Patrick Weisskopf: Es gibt ein Problem, wenn wir das schriftliche Votesprotokoll absetzen. Wir schliessen eine ganze Bevölkerungsgruppe von diesem öffentlichen Anlass aus. Ich habe heute mein Hörgerät vergessen und habe jetzt schon Mühe, gewisse Votes zu verstehen. Sicher geht es den Zuschauern auch so, dass sie gewisse Votes nicht verstehen und sich sehr stark auf das gesprochene Wort konzentrieren müssen. Dies spricht dafür, dass es weiterhin ein schriftliches Votesprotokoll gibt, weil es der einzige barrierefreie Weg ist und niemanden ausschliesst. Alle Personen, die hörhandykapiert sind, können problemlos nachlesen und es gibt viel weniger Verständnisprobleme. Soweit ich weiss, gibt es ein Behindertengleichstellungsgesetz und die Abschaffung des Votesprotokolls würde wahrscheinlich damit kollidieren. Zur Archivsicherheit: Etwas, das schriftlich festgelegt ist, ist auch in einem Rechtsfall eher nachvollziehbar und wenn digitale Elemente nicht mehr vorhanden sind, weil es einen Interrupt gegeben hat, haben wir ein Problem. Ich bin dafür, das schriftliche Votesprotokoll, auch von der Barrierefreiheit aus, weiterhin beizubehalten.

Petra Ramseier: Ich füge an, dass das Tonprotokoll nie gewünscht wurde, weder von Andrea Klein in der ursprünglichen Vorlage, noch in der Umfrage der Verwaltung beim Einwohnerrat. Dort hat auch die Mehrheit ein Votesprotokoll gewünscht und trotzdem schlägt man nun etwas anderes vor. Ich bitte, auf das Votesprotokoll zurückzukommen. Zur Fälschung: Man kann ja nachlesen und sagen, wenn einem etwas an den eigenen Votes nicht passt. Verfälschung ist hier keine Gefahr. Die Zeitersparnis vom Lesen zum Hören ist enorm. Wenn man dies 40 mal rechnet, wiegt dies die Arbeit auf der Gemeinde fürs Protokoll wieder auf. Ich lege ans Herz, vorläufig wenigstens, das Votesprotokoll weiterzuführen.

Andreas Moldovanyi: Ich weiss nicht, ob ihr wisst, wie schnell man redet und wie schnell ein Abhörprotokoll zu hören ist. Ihr redet mit ungefähr mit 80 – 90 Wörtern pro Minute. Gelesen wird normal in der Durchschnittsbevölkerung mit 300 Wörtern pro Minute, also mindestens drei Mal schneller. Wer im Lesen etwas geübter ist, geht hinauf auf 400 Wörter und wer einen Schnellesekurs besucht hat, kommt auf 600 – 700 Wörter. Rekordhalter im Schnellelesen war J. F. Kennedy mit rund 1'200 Wörtern pro Minute. Jetzt plädiert ihr auf ein drei Mal langsames Verfahren, in dem auch noch die Suchfunktion fehlt oder völlig unbefriedigend ist und man alles Durchhören muss. Und das Ganze nicht nur für eine Person – das Protokoll wird nur von einer Person verfasst – sondern für 50 Personen, was den Aufwand verfünzfacht. Und was dies für Kosten generiert bzw. nicht generiert, weil man es dann nicht mehr nachschaut, kam in den Votes bisher noch nicht zur Sprache.

Andreas Seiler: Es gibt Gemeinden, die beim Einwohnerrat schon ein Audioprotokoll haben, wie beispielsweise Reinach und wenn man dies anschaut, kann man die einzelnen Sitzungen anwählen, dann die einzelnen Geschäfte, anschliessend die einzelnen Sprecher und man kann das gewünschte Votum abhören. Neunzig Prozent aller Votes wird nie jemand wieder anhören, weil sich die Geschäfte erledigt haben. Das Postulat ist überwiesen und das nächste Interessante ist erst wieder, wenn es der Gemeinderat beantwortet und eine Interpellation wird dann sowieso vom Gemeinderat direkt beantwortet. Das Schneiden dieser Audioprotokolle stellt auch einen gewissen Aufwand dar und wenn man dies macht, ist es einfacher, als abzuschreiben und so sparen wir. Ich warne aber davor, beides zu machen, also der Verwaltung sagen, ihr müsst die Audioprotokolle schneiden und auf die Webseite laden bzw. verlinken und dann dazu auch noch eine Abschrift machen. Dann wird das Ziel der Arbeitseinsparung auf der Verwaltung ins Ge-

genteil verkehrt und wir haben noch mehr Aufwand generiert bzw. weniger Arbeitskraft für andere Sachen. Also empfehle ich euch sehr stark, dass ihr euch für das Eine oder das Andere entscheidet, am liebsten fürs Audioprotokoll, aber sicher nicht für Beides. Sonst hätten wir einen Rückschritt gemacht und nicht einen Fortschritt.

Mauro Pavan: Wenn wir die jetzige Form beibehalten, haben wir keinen Rückschritt gemacht, vielleicht auch keinen Fortschritt, aber sicher nicht einen Rückschritt und wir bleiben, wo wir sind. Ich bin auch der Meinung, dass es schön wäre, das Audioprotokoll auszuprobieren. Wenn wir weiterhin ein schriftliches Votenprotokoll haben wollen, erübrigt sich auch der Aufwand mit dem Schneiden der Dateien, weil es ja reicht, dass man das Audioprotokoll zur Verfügung stellt. Anhand des Votenprotokolls kann man ja schauen, wohin man spulen muss, damit ich es wortwörtlich höre. Dies lässt sich schon jetzt relativ einfach machen. Auch ich brauche relativ oft, an einer Sitzung und auch während der Sitzung, die Suchfunktion – das ist das Schöne an der Digitalisierung – wann dieses Geschäft oder ein ähnliches schon mal traktandiert wurde und ich kann dort suchen, wer was dazu gesagt hat. Nach 10 Jahren weiss ich nicht mehr, wer dazu etwas gesagt hat und ich muss es tatsächlich lesen können. Ich kann schlecht während der Sitzung Kopfhörer einstecken und das Protokoll abhören, dann bekomme ich nicht mit, was parallel dazu vorne gesagt wird. Parallel dazu lesen und die Suchfunktion benutzen, das kann ich. Darum bin ich der Meinung, man müsse weiterhin ein schriftliches Votenprotokoll haben. Um den Zeitaufwand etwas zu entschärfen - der Zeitaufwand besteht ja nicht nur aus dem Abtippen alleine - bei kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen war es immer ein grosser Stress, alles rechtzeitig geschrieben und fertig gestellt zu haben. An die letzte Sitzung kann ich mich noch relativ gut erinnern, wer was gesagt hat und ich kann es anhören. Aber an die Sitzung vor fünf Jahren kann ich mich nicht erinnern. Ich bitte darum, den ganzen Paragraphen zu überarbeiten und eventuell kann man an der Frist für das Abliefern des Votenprotokolls noch etwas schrauben.

Kurt Lanz: Es ist interessant, wenn man einfach zuhört. Mich interessiert noch zu wissen, um wie viel es teurer wäre, wenn man es parallel führt. Alles habe ich noch nicht ganz verstanden. Es hiess, man müsse die Audiodatei schneiden. Ich müsste also zuhören, was ich gesagt habe, damit schlussendlich nicht das weggeschnitten wird, was mir am wichtigsten war. Ich bin davon ausgegangen, dass nichts geschnitten würde und daher weiss ich nicht, wie gross die Arbeit fürs Schneiden ist. Oder ich muss noch schauen, dass meines nicht weggeschnitten wurde. Beim Lesen ginge dies viel schneller. Je mehr wir hier diskutieren, desto mehr geht mir durch den Kopf, dass wir es zuerst ausprobieren müssen und die Mehrarbeit leisten, die ich nicht kenne. Die Mehrarbeit, die es gibt, wenn man die Audiodatei, die gerade jetzt entsteht, dem Netz zugänglich macht. Wenn wir nichts machen, gibt es praktisch keinen Aufwand. Vieles ist mir nicht klar, insbesondere das Schneiden nicht, das so viel Zeit braucht. Darum bitte ich, beide Situationen einzuführen, Audiodatei plus geschriebenes Votenprotokoll und in zwei oder vier Jahren kann man das eine abschaffen, wenn man weiss, wie das andere funktioniert. Alles andere würdet ihr ja privat auch nicht machen – etwas ausprobieren, von dem man nicht weiss, wie es schlussendlich herauskommt.

Emil Job: Es wurde einiges über Sparen und Mehrkosten gesagt. Man vergisst immer wieder, dass etwas elektronisch machen nicht unbedingt sparen heisst. Es kann durchaus Mehrkosten verursachen, meistens an einem anderen Ort. Wenn wir nun aufs Votenprotokoll verzichten, heisst es, dass beim Einwohnerrat und der Bevölkerung Mehrkosten entstehen, denn wir müssen alles abhören und brauchen mehr Zeit dafür. Überlegt euch gut, was Sparen und was Mehrkosten bedeuten. Meistens ist es nur eine Verlagerung der Kosten.

Urs Schneider: Ich bin etwas verwirrt. Man sagt immer, wir seien konservativ. Und jetzt, wo wir Hand bieten und überzeugt sind, Ressourcen zu sparen, weil es einen ganze Woche Aufwand gibt, das Protokoll abzuschreiben. Wir wollen mit einem Audioprotokoll sparen, und nun ist es auch wieder nicht richtig. Wir haben gesagt, dass wir damit leben

können, obwohl wir es auch lieber schriftlich hätten. Ich verstehe die Argumentationen in allen Fällen; sie sind absolut nachvollziehbar. Wenn man es liest, ist es einfacher und verständlicher, weil jede Person etwas anders redet und wir hätten Hand zu einem Audioprotokoll geboten. Ganz sicher bieten wir nicht Hand für eine Doppelführung. Dies wäre mit Sicherheit über das Ziel hinausgeschossen. Entweder machen wir das eine und lassen das andere – aber beides: Nein. Die Verwaltung wollte Ressourcen sparen und wir wollen ihr nicht noch mehr auferlegen.

Petra Ramseier: Ich stimme Mauro Pavan zu, dass es auch uns nicht darauf ankommt, dass das Protokoll innerhalb von zwei Wochen und vor der nächsten Sitzung fertig ist. Mir geht es gleich und ich weiss noch einigermaßen über diese Sitzung Bescheid. Manchmal ist es schön, aber dies ist nicht der springende Punkt und wenn man hier mehr Zeit braucht, ist es kein Problem. Kann man für das Schreiben des Votesprotokolls irgendwelche Programme zu Hilfe nehmen? Google versteht das Schweizerdeutsch meiner Tochter und ich weiss nicht, ob es bei Stephan Bregy auch funktioniert. Es müsste doch möglich sein, in einem ersten Durchlauf dies zu machen, dann nachzubessern und mit dem Schreiben nicht bei null anzufangen. Vielleicht ist dies ein Ansatz.

Sandra Meier: Zum Tonprotokoll: Das Tonprotokoll ist seit längerem bei der Gemeinde Reinach im Einsatz und auch bei der Gemeinde Herisau. Wir haben dort nachgefragt, was es bedeutet und welcher Mehraufwand daraus entsteht. Sie reden von fünf bis acht Stunden pro Sitzung, die für die Aufbereitung des Tonprotokolls investiert werden müssen.

Abstimmung über den Antrag von Andreas Moldovanyi

Auf Antrag von Andreas Moldovanyi, SP, beschliesst der Rat mit 15 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

://: Der Änderungsantrag des Büros zu Ziffer 2.7 wird abgelehnt. Im Reglement bleibt Ziffer 2.7 unverändert.

Fortsetzung der Lesung

3.4.3 Stimmabgabe, Stichentscheid

keine Wortmeldung

3.4.4 Namensaufruf

Petra Ramseier: Ich wäre froh, uns würde noch einmal erklärt, wie die Erfassung der personalisierten Abstimmung hier im Rat funktioniert, wie archiviert wird und wie es später abrufbar ist.

Sandra Meier: Wir haben ja Abstimmungseinheiten und je eine Abstimmungseinheit liegt auf dem Tisch. Der Abstimmungseinheit kann entweder eine Nummer oder ein Name zugewiesen werden und nach der Schlussabstimmung wird diese Darstellung über den Beamer angezeigt. In der Vorlage ist eine solche Darstellung abgedruckt. Diese Darstellung liegt als Bild vor und muss während der Sitzung abgespeichert werden. Je nach Anzahl der Schlussabstimmungen werden beispielsweise zehn solcher Bilder abgespeichert und zur Verfügung gestellt.

Benedikt Schmidt: Das Bild wird abgespeichert und erscheint dann wo? Ist es im Protokoll enthalten und kann ich sehen, wer wie abgestimmt hat? Was wir hier gerade gestrichen haben, ist die Abstimmung unter Namensaufruf; das sind diejenigen Abstimmungen, die man macht, wenn man wissen will, wer wie abgestimmt hat. Und diese Information muss erhalten bleiben.

Sandra Meier: Es handelt sich um ein Bild, einen Printscreen, der abgespeichert wird. Wenn wir ein Beschlussprotokoll haben, können wir diese Darstellung in das Beschlussprotokoll aufnehmen. Nimmt man diese Darstellung in ein Votesprotokoll auf, bedeutet dies bei zehn Schlussabstimmungen, dass zehn Bilder, Darstellungen, zusätzlich ins Votesprotokoll aufgenommen werden. Das Volumen des Votesprotokolls wird damit vergrößert. Diese Darstellung hat für euch wohl nur dann einen Mehrwert, wenn sie farbig ist. Ist sie schwarz-weiss, kann man es weniger gut lesen.

Emil Job: Zum Datenvolumen: Diese paar jpegs abspeichern, macht ja überhaupt nichts aus zu einem Tonprotokoll. Da muss man schon die Verhältnismässigkeit wahren.

Fortsetzung der Lesung

2.6 Präsenz

keine Wortmeldung

2.8 Kanzlei / Weibeldienst

Urs Schneider: Zwei Sachen: Ich hätte gerne auf das nächste Mal einen Sachverhalt abgeklärt, von dem ich nicht weiss, wo platzieren. Wir reden jetzt von der Digitalisierung, von der Aufzeichnung und ich nehme an, es wird eine Leinwand stehen, an der man es sehen kann. Wenn wir schon eine Leinwand haben, sollten wir auch die Möglichkeit haben, die Anträge aufzulegen, damit man sie selber sehen und lesen kann. Wenn sie der Präsident einmal vorliest, ist es zwar verständlich, aber vielleicht will man den Antrag noch selber lesen und sehen, sodass wir uns eine bessere Meinung dazu machen können. Dies könnt vielleicht der Weibel machen und auch deswegen möchte ich Punkt 2.8.2 nicht aufgehoben haben. Der Weibeldienst soll bestehen bleiben. Ich habe den Antrag bereits so abgegeben. Der Antrag lautet: „Während den Sitzungen des Rates stellt der Gemeinderat einen Weibeldienst zur Verfügung, der dem Präsidenten/der Präsidentin des Rates untersteht“.

Antrag von Urs Schneider

Andreas Moldovanyi: Der Weibeldienst wird einfach sang- und klanglos gestrichen, obwohl wir nicht wissen, wie in einer künftigen Sitzungsordnung mit dem papierarmen Vorgehen ein Weibeldienst aussehen könnte. Ich bin dafür, eine lückenlose Tätigkeit der Tätigkeiten des Weibels zu erstellen und erst dann zu entscheiden, welcher Punkt durch wen übernommen wird. Wenn der Weibeldienst einfach gestrichen wird, fehlt dies und niemand wird sich zuständig fühlen. Deswegen bin ich dafür, dass die Aufhebung des Weibeldienstes nicht stattfindet. Es handelt sich nicht um einen Antrag.

Abstimmung über den Antrag von Urs Schneider

Auf Antrag von Urs Schneider, SVP, beschliesst der Rat:

://: Der Änderungsantrag des Büros zu Ziffer 2.8.2 wird einstimmig mit 1 Enthaltung abgelehnt. Im Reglement bleibt Ziffer 2.8.2 unverändert.

Fortsetzung der Lesung

1.9 Archivierung

keine Wortmeldung

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 3148

Beantwortung Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Vogelschutz am Bau“

Aktenhinweis

- Antrag vom 5. November 2019

GR Stefan Löw: Die Beantwortung dieses Postulates ist vor längerem erfolgt und war bereits an vergangenen Sitzungen traktandiert. Insofern liegt es zeitlich etwas zurück, als es beantwortet wurde. Der schriftlichen Beantwortung könnt ihr entnehmen, dass der Gemeinderat das Postulat abschreiben will. Den Fraktionen wurde am 2. Dezember letzten Jahres von Benedikt Schmidt noch zusätzliche Ergänzungsfragen eingereicht. Ich gehe davon aus, dass diese in den Fraktionen behandelt wurden. Der Gemeinderat hat sich dementsprechend den Fragen gestellt und möchte ergänzend zu den Beantwortungen im Postulat noch folgende Antworten geben: Zu Frage 1: *Kann man das Zonenreglement mit einem Artikel über Vogelschutz am Bau ergänzen?* Wenn man dies will, braucht es natürlich eine Revision des Zonenreglements, die letztendlich vors Volk muss und dementsprechend kein rollender Prozess ist. Abgesehen davon benötigt eine solche Revision relativ viel Zeit; eine Revision des Zonenreglements lässt sich nicht „huschhusch“ abwickeln. Zu Frage 2: *Kann man bei den Quartierplänen den Vogelschutz am Bau berücksichtigen?* Ich kann mitteilen, dass wir in Zukunft sowieso in den Quartierplänen diese Ergänzungen einfließen lassen, was auch in der schriftlichen Beantwortung enthalten ist. Der genaue Wortlaut ist: *„Dem Vogelschutz ist Rechnung zu tragen und die aktuelle Broschüre "Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht" der Schweizerischen Vogelwarte Sempach ist zu berücksichtigen. Die Schweizerische Vogelwarte Sempach ist in der Projektierung beratend beizuziehen. Der Gemeinde ist deren Bericht vorzulegen und allfällige Massnahmen bekannt zu geben.“* Dort steht klar, dass wir erwarten und verlangen, eine Reaktion zu erhalten. Auch bei den einfacheren Verfahren beabsichtigt der Gemeinderat, Empfehlungen abzugeben. Der genaue Wortlaut ist: *„Zum Schutz vor Vogelkollisionen empfehlen wir bei transparenten oder spiegelnden Verglasungen Massnahmen gemäss dem Leitfaden "Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht" der Schweizerischen Vogelwarte Sempach, vorzunehmen“.* Wir werden also diese Ergänzungen bei den Bewilligungen anfügen, damit diese Sachverhalte Beachtung erhalten und in die Realisierung der Projekte einfließen. Das Objekt, das bildlich dargestellt wurde, wurde bereits mit Massnahmen versehen und es handelt sich heute nicht mehr um spiegelndes Glas, sondern um einen grauen Hintergrund. Ich unterstütze dies auch persönlich, es liegt mir sehr viel daran und auch der Verwaltung der Gemeinde Pratteln. Wir wollen den Schutz der Vögel so gut wie möglich gewährleisten und es tut mir weh, die Vögel am Boden zu sehen. Zusammen mit diesen Ergänzungen beantragen wir, das Postulat abzuschreiben.

Benedikt Schmidt (Postulant): Als ich die schriftliche Antwort auf dieses Postulat erhalten habe, war ich nicht sehr zufrieden. Nun mit den neuen Anträgen von GR Stefan Löw kann ich einer Abschreibung dieses Postulates zustimmen. Im Quartierplan Zentrale hat man meiner Meinung nach eine gute Lösung gefunden, wie man so etwas in ein Reglement einbringen kann. Dies ist nun auch in der zweiten Mitwirkung so und wir werden sehen, ob es diese überlebt. Die andere Antwort des Gemeinderates, dass man dies in einer Gesamtrevision des Zonenplanes Siedlung berücksichtigen würde, hat mich nicht besonders befriedigt, weil eine Gesamtrevision nirgends, auch nicht im AFP, vorgesehen ist. Wenn ich sehe, wie viele Aufgaben die Bauverwaltung in den nächsten Jahren hat, halte ich es für fraglich, auch noch eine Gesamtrevision der Zonenvorschriften Siedlung durchzuführen. Dies dürfte zu viel sein. Mit dem, was GR Stefan Löw gerade gesagt hat, finde ich es gut, weil sich diese Problematik nicht nur bei grossen Überbauungen stellt, sondern auch bei einzelnen Häusern, wo Sachen gebaut werden, die aus vogeltechni-

scher Sicht nicht gut sind. Es gibt am Talweg ein solches Haus und ich habe letzthin auch ein solches am Höhenweg gesehen. Solche vogelunfreundlichen Bauweisen sind relativ oft verbreitet und lassen sich im Dorf beobachten. Wenn es so gemacht wird, wie es GR Stefan Löw beschrieben hat, kann man das Postulat abschreiben.

Paul Dalcher: Es ist alles richtig und auf gutem Weg. Die Massnahmen sowohl kurz- als auch mittelfristig scheinen mir sehr realistisch. Eine Idee: Es wäre doch schick vom Gemeinderat wenn er heute zusichern könnte, ab sofort bei allen gemeindeeigenen Neu- und Umbauten mit Glasfassaden Massnahmen gegen Vogelkollisionen zu realisieren. Kurzfristig mit gutem Beispiel vorangehen ist besser als später auf Paragrafen zu warten. Wir Freisinnige unterstützen den Antrag zum Abschreiben.

Christoph Pfirter: GR Stefan Löw hat vorhin gesagt, es tue ihm weh, die Vögel am Boden zu sehen, die in die Scheibe geflogen sind. Passt auf, dass ihr nicht so viele Vorschriften macht, dass auf einmal die Bauherren am Boden liegen, weil sie vor lauter Vorschriften bald nicht mehr vorwärts und rückwärts wissen. Ich war an den letzten drei Sitzungen nicht dabei, und dies war mit ein Grund, warum ich nicht gekommen bin, weil ich die Schnauze voll hatte von Bauvorschriften.

Benedikt Schmidt: Dem Votum von Christoph Pfirter kann ich entnehmen, dass du die Broschüre der Vogelwarte nie angeschaut hast. Die dort vorgeschlagenen Massnahmen sind sehr einfach zu realisieren und dies wird der Bauherr gut überleben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3148 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3199

Postulat der SVP-Fraktion, Simone Schaub, betreffend „Hundespielplatz auf dem Gottesacker“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Simone Schaub, vom 25. Oktober 2019

GR Urs Hess: Wir sehen einen gewissen Handlungsbedarf, dass man den Hundebesitzern Platz gibt, dass sie miteinander reden und Kontakte pflegen und ihre Hunde laufen können. Das sehen wir ein. Hier im Rat haben wir letzthin einen Kredit für ein Städtebauliches Entwicklungskonzept bewilligt und darin ist auch ein Grünraumkonzept enthalten. Im Zusammenhang mit diesem würden wir auch einen Hundespielplatz prüfen. Ob der Standort nun am Gottesacker ist und mit gerade diesen Einbauten, die Simone Schaub aufgezeigt hat, glaube ich nicht unbedingt. Wir nehmen das Postulat gerne entgegen, prüfen und berichten und dann gibt es eine schlaue Antwort.

Simone Schaub (Postulantin): Was sind die Gründe für mein Postulat? Ich danke dem Gemeinderat grundsätzlich, dass er es entgegennimmt und ich möchte noch einige Worte sagen, warum ich überhaupt mit diesem Postulat gekommen bin. Freilaufende Hunde sind im öffentlichen Raum meistens nicht gerne gesehen. Trotzdem müssen ihnen gemäss Tierschutzgesetz täglich genügend Auslauf und Sozialkontakte gewährt werden. Mit der Einrichtung eines Spielplatzes auf dem Gottesacker – notabene nur auf einem Viertel des ganzen Geländes – könnten wir ihnen genau diesen Freiraum bieten. Auch Hundehaltern ist der soziale Kontakt untereinander wichtig. Sie tauschen sich aus über

ihre Vierbeiner, aber auch über Gott und die Welt. Nicht zu vergessen ist ein anderer sozialer Aspekt, der mir seit meiner 5-jährigen Stiftungsarbeit beinahe täglich begegnet: ältere, alleinstehende Menschen haben oft ihr Haustier als einzige Stütze im Leben. Sie haben einen Grund, raus zu gehen und es gibt ihnen die Möglichkeit, Kontakte zu Gleichgesinnten zu knüpfen. Sind sie nicht mehr gut zu Fuss, ermöglicht ihnen der Spielplatz, weil zentral, eine wichtige Alternative zu den oft zu weit entfernten Prattler Wäldern. Der Platz kann ebenso gut dazu dienen, Ängste gegenüber Hunden abzubauen, genau deshalb soll er ja eingezäunt werden. Der Gemeinderat plant sowieso, den Gottesacker aufzuwerten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und der Hundespielplatz kann ein einmaliger Teil davon werden. Jährlich bezahlen Prattler Hundehalter für ihre 650 Hunde CHF 120, davon werden 80% für Robidogs und ähnliches verwendet. Es bleiben also pro Jahr rund CHF 15'000 als Reserve. Die Einzäunung ist der teuerste Teil des Ganzen. Durch den genannten Überschuss jedes Jahr sollte das aber drin liegen. Der Aufbau kann natürlich in mehreren Schritten erfolgen und mein Plan ist nur eine Idee. Eine Möglichkeit, Kosten einzusparen, wäre dass die IG Hundespielplatz Pratteln lokale Tierbedarfsfirmen um Spenden wie ältere, aber brauchbare Spielgeräte anfragt. Und warum auf dem Gottesacker? Der Gottesacker liegt sehr zentral, ist zu Fuss und per ÖV sehr gut erreichbar. Er steht seit unzähligen Jahren leer, der Spielplatz nähme bloss ein Viertel der Fläche ein. Das sollte doch machbar sein und den zahlreichen Hundebesitzern zugestanden werden. Drei Viertel wären ja nach wie vor frei für alle anderen Vorhaben. Ein Platz irgendwo ausserhalb des Zentrums wäre sinnlos, da er schlicht nicht genutzt würde. Und falls jemand Vorbehalte wegen Lärm hat: Auf einem Hundeplatz geht es nicht laut zu. Die Hunde rennen und toben untereinander, aber sie sind dabei in der Regel ruhig. Von April bis Ende Juli müssen die Hunde an der Leine sein im Wald – das wäre im Sommer aber der einzige Ort, wo es für die Hunde nicht zu heiss ist. Genau dann wäre der Gottesacker perfekt – der tägliche Sozialkontakt und Auslauf wäre somit auch während der Schonzeit gewährleistet und die Bäume spenden Mensch und Tier Schatten. Nicht zu vergessen: mit jeder Nutzung dieses Platzes – sofern er zentral ist – könnte der restliche Teil von Pratteln noch sauberer werden. Ich bitte euch, unterstützt das Postulat, damit der Gemeinderat innerhalb des Freiraumkonzeptes abklären kann. Pratteln würde, einmal mehr, eine Vorreiterrolle im Kanton BL übernehmen. Im Kanton AG und in der Stadt gibt es dies bereits.

Petra Ramseier: Die Bedürfnisse, die Grünflächen in Pratteln zu nutzen und zu bespielen, sind gross. Auch wir haben sehr viele Ideen, möchten alles sammeln und in ein Grünflächenkonzept integrieren. Darum möchten wir dieses Postulat nicht überweisen, sondern den Gemeinderat auffordern, dies als weitere Idee aufzunehmen und im Gesamtüberblick zu prüfen, was wo Platz hat und wo welche Bedürfnisse vorhanden sind. In dem Sinn werden wir das Postulat nicht überweisen, aber unsere Ideen dem Gemeinderat abgeben – ich lese es jetzt nicht vor. Auch wir haben Ideen, was man wo realisieren könnte und ich bin mir nicht ganz sicher, wie es mit dem Grünflächenkonzept abläuft und darum geben wir nun unsere Ideen ab, damit sie deponiert sind.

Andreas Moldovanyi: Wir haben ein Familienmitglied namens Duffy und Duffy ist ein Hund. Um Duffy zu sozialisieren, als er jung war, sind wir mit ihm in die Hundeschule in Pratteln gegangen, was eine sehr gute und professionelle Begleitung war und es Interventionsmöglichkeiten gab, wenn es Probleme unter den Hunden geben sollte. Es sind ja sehr unterschiedliche Hunde dort; die einen sind kräftig, die anderen klein und schwach. Duffy hat sich sehr gut sozialisiert und wir gehen mit ihm regelmässig spazieren in der Umgebung von Pratteln und auch in den Wald. Dort begegnen wir regelmässig anderen Hundebesitzern und tauschen uns über die Hunde aus. Ich bin der Ansicht, dass ein so wertvolles Grundstück wie der Gottesacker einer sehr guten Planung bedarf, bevor man irgendetwas entscheidet. Deswegen sind wir gegen eine Überweisung. Ich kann aber nachvollziehen, dass ein Hundespielplatz Sinn für Leute macht, die nicht Gelegenheit haben, in den Wald hinauf zu gehen und für diese Leute muss eine Alternative gesucht werden. Insgesamt muss zuerst ein Konzept vorhanden sein, bevor man alles genauer anschaut. Wenn wir jetzt in Singapur wären, wo es in der Umgebung keinen

Wald oder einen Ort gibt, wo man mit dem Hund hin kann, bräuchte es Sofortmassnahmen, aber wir wohnen ja nicht in Singapur. Deswegen sind wir gegen eine Überweisung.

Paul Dalcher: Die FDP-Fraktion hat sehr grosse Sympathie für die Idee eines Hundespielfeldes, aber wir können nur zustimmen, wenn die Standortverbindlichkeit wegfällt. Darum frage ich nun die Postulantin an, ob sie bereit wäre, auf die Standortverbindlichkeit zu verzichten. Falls nicht, sind wir gegen das Postulat.

Simone Schaub: Vielen Dank für die leider negativen Voten; ich nehme dies so entgegen. Wenn ich eine Alternative habe - und im Zentrum sehe ich keine Alternative - wären wir bereit, darauf zu verzichten. Uns hinauf an den Wald zu schicken, ist nicht Sinn der Sache.

Sepp Bachmann: Auch ich habe einen Hund und festgestellt, dass nur jüngere Leute oben durchlaufen. Die alten Leute gehen mit dem Hund vors Haus, weil sie nicht auf den Berg laufen mögen. Denkt daran, dass der Hund eine soziale Institution ist. Wir reden immer davon, Leute in die Gemeinde zu integrieren und dort fängt es an. Meine Frau kannte früher niemanden im Dorf und seitdem wir einen Hund haben, kennt sie viele Leute und man redet miteinander. Wenn wir sagen, dass wir nichts machen, würde ich es sehr schlecht finden.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 15 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3199 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3200

Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Steuerveranlagung durch Kanton oder Gemeinde?“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, mit Eingang vom 28. Oktober 2019

GR Christine Gogel: Ich danke dem Postulanten Andreas Seiler für die Zustellung dieser interessanten Fragen. Es ist in der Tat so, dass der Gemeinderat darüber berichten kann, weil wir bereits Abklärungen in diese Richtung getätigt haben und eine Machbarkeitsstudie vorliegt. Darum würde der Gemeinderat dieses Postulat gerne entgegennehmen.

Andreas Seiler (Postulant): Wie bekannt ist, wird in Pratteln die Steuerveranlagung durch den Kanton gemacht und andere Gemeinden machen dies selber. Die von mir gestellten Fragen zielen darauf ab, was es beim Kanton kostet, was es kostet, wenn wir es selber machen, welches die Vor- und Nachteile aller Varianten sind und ob man es allenfalls mit anderen Gemeinden zusammen machen könnte. Es ist ein Postulat, der Gemeinderat soll ergebnisoffen prüfen und berichten, damit wir informiert sind, wie die Situation aussieht und welche Lösung für die Gemeinde Pratteln und den Steuerzahler welche Vor- und Nachteile hat. Es freut mich, dass der Gemeinderat das Postulat gerne beantwortet und ich hoffe, dass es der Einwohnerrat auch überweist und wir vom Gemeinderat eine entsprechende Antwort erhalten.

Mauro Pavan: Es ist ein relativ klares Postulat und wir sind für Überweisung, insbesondere, weil, wie GR Christine Gogel bereits gesagt hat, der Grossteil der Arbeit schon gemacht ist.

Emil Job: Auch wir haben das Postulat angeschaut und sind der Meinung, man solle es prüfen und berichten und sind deshalb auch für Überweisung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3200 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3205

Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Mögliche Deponie-Standorte für Aushub und Inertstoffe“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, vom 18. November 2019

GP Stephan Burgunder: Grundsätzlich sind Deponien eine kantonale Angelegenheit. Wir haben dies im Gemeinderat diskutiert und ich glaube, gerade in Pratteln, wo wir so viel produzieren und entwickeln, sollten wir auch beim Entsorgen unsere Verantwortung wahrnehmen und aus diesem Grund sind wir auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen, nur alternative Standorte zu prüfen. Mich persönlich interessiert, welches die Beweggründe des Postulanten sind. Sind es finanzielle Anreize für die Gemeinde? Welches ist der Hintergrund, damit wir auch in die richtige Richtung schaffen, wenn wir allenfalls schauen, welche Möglichkeiten es auf unserem Gemeindegebiet geben könnte?

Urs Schneider (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Bereitschaft, das Postulat so entgegenzunehmen und zu beantworten. Zu den Beweggründen: Wenn der Kanton etwas plant, denkt er offener und weiter, weil er ja für Mehr mitdenken muss. Meistens werden die geplanten Deponien so gross, dass sie überall auf Widerstand stossen, sei es wegen des Verkehrs, der Gefährdung des Trinkwassers usw. So denke ich, wir müssen eher wieder kleiner werden und nicht so grosse Deponien planen, sondern mit kleinen und überall verteilt, sodass man das Material mit einer kurzen Strecke ablagern kann. Ich habe keine Ahnung, ob es irgendwo auf Prattler Boden gehen würde und ich habe mir hierzu nicht allzu viele Gedanken bzw. Pläne gemacht, und darum würde es mich sehr interessieren und auch die Bereitschaft von Muttenz und Frenkendorf. Finanziell: Derjenige, dem das Land gehört, der hat am Schluss etwas davon, was ein positiver Nebeneffekt ist.

Fabian Thomi: Die SP-Fraktion ist ebenfalls für Überweisung dieses sinnvollen Postulates.

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion ist gegen Überweisung, weil dies nicht eine Gemeindeaufgabe ist und der Gemeinderat andere, wichtige Aufgaben hat, als sich um das zu kümmern. Die Überlegungen, die Urs Schneider vorhin vorgetragen hat, kann sich der Kanton ja auch machen, damit er bei einer kleineren Planung mehr Chancen hat, zu einem Ergebnis zu kommen. Daher sehe ich auch nicht, dass der Gemeinderat mit den Nachbargemeinden verhandeln oder irgendwelche Standorte suchen muss. Dies ist Kantonsaufgabe. Beschränken wir uns auf die Sachen, die für die Gemeinde wichtig sind

und überlassen dem Kanton seine eigenen Aufgaben. Darum sind wir gegen das Überweisen.

Franziska Senn: Die Unabhängigen haben das Postulat auch geprüft und sind zum Schluss gekommen, es nicht zu überweisen. Gründe wurden schon genannt: Der Kanton ist zuständig und er muss den Bedarf für Deponievolumen auf 10 – 15 Jahre im Voraus berechnen. Er hat diese kürzlich deutlich um 32% nach unten korrigiert und aus diesem Grund ist beispielsweise auf den Standort Diegten-Isenthal verzichtet und im Vernehmlassungsbericht gestrichen worden. Bennwil ist Deponie Bruggtal und hat bereits zum dritten Mal aufgestockt; dort hat man scheinbar keine Einwände gegen den Verkehr und ein weiterer potenzieller Standort im Oberbaselbiet wurde vom Kanton zur Evaluation aufgenommen. Aus diesen Gründen werden verschiedene Standorte schon jetzt überprüft und wir sehen in Pratteln von der Erschliessung her nur Deponiestandorte, die über Gemeindestrassen erschliessbar sind, was aus unserer Sicht ein No-Go ist. Falls dieses Geschäft dennoch überwiesen werden sollte, sind wir dafür, dass die persönlichen Eigentümer von potenziellen Standorten in den Ausstand treten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3205 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3206

Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Elterntaxi – die Situation ist am ausarten“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, vom 18. November 2019

GR Stefan Löw: Elterntaxi ist ein bekanntes Problem, das sowohl in unserer Gemeinde, wie auch in anderen Gemeinden und beim Kanton ein Thema ist. Die Abteilung Dienste/Sicherheit hat schon einige Analysen und auch Versuche unternommen, wie man dieses Problem in den Griff bekommen könnte. Wir befassen uns also immer wieder eingehend mit dieser Situation. Es besteht auch die Gefahr, dass, wenn man bestimmte Massnahmen ergreift, diese eine Verlagerung des Elterntaxis zur Folge haben. Die Zusammenarbeit mit der Schulwegsicherheit funktioniert und wir haben konkrete Massnahmen in Absicht. Man muss sehen, wie man diese am besten umsetzt. Wir haben vielleicht eine Handhabung bei den Eltern mit dem Klimawandel, der uns hier einige neue Aspekte gibt und auch Möglichkeiten, dass die Vernunft der Eltern irgendwann zum Tragen kommt und sie das System, wie sie die Kinder zur Schule schicken, ändern könnte. In diesem Sinn nehmen wir das Postulat gerne entgegen. Dasselbe Thema wurde bereits früher schon besprochen. Wir nehmen die Situation erneut auf und werden dem Einwohnerrat einen entsprechenden Bericht abgeben.

Marcial Darnuzer (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat, dass er die Situation mit dem Elterntaxi ein weiteres Mal angehen will, mein Postulat prüfen und darüber berichten will. Ich sage deutlich, dass es bei diesem Postulat nicht um Schikanen für bzw. gegen die Eltern geht, sondern absolut um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, der Kindergärtler und aller betroffener Fussgänger.

Stephan Bregy: Unsere Fraktion ist für Überweisung. Es ist klar und unbestritten, dass die Sicherheit unserer Kinder ein zentrales Anliegen ist. Wir plädieren aber auch für Augenmass, Verständnis und Toleranz. Es ist wirklich nicht so, dass alle Kinder in nur we-

nigen Metern zur Schule gehen können. Es gibt Kinder, das weiss ich aus eigener Anschauung, die von der Gempenstrasse bis ins Erli laufen müssen, was etwa 25 Minuten pro Schulweg ergibt. Wenn man dies pro Tag vier Mal macht, sind diese Kinder teilweise recht lange unterwegs. Hier gäbe es die Möglichkeit, Ganztagestrukturen zu bieten, damit die Kinder nicht immer über Mittag nach Hause müssen. Dies ist aber nur eine Randbemerkung. Ich persönlich fahre am Morgen auf meinem Arbeitsweg an den Schulhäusern vorbei und ich sehe nicht ein, warum ich meinen Kindern nicht die Möglichkeit einer Mitfahrgelegenheit bieten sollte. Zum Umweltschutz: Ich fahre sowieso, also können die Kinder mitkommen. Wir sind für Überweisen, aber gegen Verbote und Schikanierungen und da nehme ich das Wort von Marcial Darnuzer gerne auf, dies mit Augenmass durchzuführen.

Petra Ramseier: Auch wir sind für Überweisung und finden es ein sehr wichtiges Thema bei den Unabhängigen und Grünen. Ich glaube nicht, dass das Wort Klimawandel bei dieser Klientel ziehen wird, denn dann würden sie schon gar nicht mit dem Auto kommen. Ich gebe den Tipp, an einem Regenmorgen mal hinzustehen. Als ich gerade an der Schule morgens um 8 Uhr vorbei musste, als es geregnet hat, ist eine Mutter entgegen der Einbahnstrasse bei der Gemeindeverwaltung gefahren, um ihr Kind abzugeben. Die andere Mutter ist rückwärts aus dem Parkplatz gefahren und hat mich fast überfahren. Wenn ich ein Kind gewesen wäre, hätte sie mich nicht gesehen. Es ist teilweise wirklich gefährlich und die Polizei sollte auch mal dort vorbei, um diejenigen, die gefährlich fahren, schmerzhaft darauf aufmerksam zu machen. Dies finde ich auch wichtig.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3206 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3132

Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Konzept für ein zielführendes Langsamverkehrswegnetz nach Pratteln Nord“ – Zwischenbericht

Aktenhinweis

- Antrag vom 20. November 2019

GR Urs Hess: Wir hätten euch gerne komplett informiert, wie wir eigentlich wollten. Leider haben wir einen Player an Bord, der zwingend ist – die SBB. Ich habe mit der SBB seit über einem Jahr Kontakt und wir haben Wege zu ihnen gesucht. Die SBB hat mir auch gesagt, ich könne im Einwohnerrat sagen, dass die SBB Schuld ist, dass nichts geht, weil sich die SBB sehr schwer mit einer Entscheidung der Querung des Bahntrassees tut. Wir müssen ja das Bahntrassees irgendwie queren. Wahrscheinlich habt ihr den Bericht in der bz gesehen, der die Passerelle behandelt. Die SBB wollte sie beseitigen, aber gewisse Denkmalpfleger, nicht nur die von der SBB, sondern auch vom Bund, haben das Gefühl, man solle sie doch noch behalten. Und bevor nicht eine Entscheidung zur Passerelle ergeht, gibt uns die SBB kein grünes Licht, um irgendwelche Querungen zu realisieren. Wir haben ja noch ein Volksbegehren zur Fröschiunterführung, aber auch hier muss die SBB einwilligen. So gesehen haben wir unsere Arbeit gemacht und wollen sie umsetzen, aber die SBB steht im Moment quer. Ich hatte einen Termin für eine Antwort auf den letzten September gesetzt und Ende September hiess es, es werde sicher

Jahresende. Dann hiess es, es sei viel komplizierter und schwieriger und es werde Ende dieses Jahres (2020), bis wir Bericht von der SBB erhalten, was gehen soll. Die Situation ist für uns absolut unbefriedigend, nicht nur für den Gemeinderat, sondern auch für die ganze Bevölkerung. So sind uns die Hände gebunden und wir können hier lediglich einen Zwischenbericht abgeben. Wir beantragen, das Postulat stehen zu lassen.

Paul Dalcher (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für den Zwischenbericht und ich danke auch für seinen Antrag, das Postulat stehen zu lassen. Die Positionen sind bezogen. Die SBB braucht die Passerelle nicht mehr und sie ist ohne Nutzen für den Bahnbetrieb. Die Gemeinde möchte eine kleine Unterführung für den Langsamverkehr an einem optimalen Ort machen und die Entfernung der sanierungsbedürftigen Passerelle ist die logische Konsequenz. Jetzt auf einmal soll die Passerelle stehenbleiben, mit dem Argument, sie sei schutzwürdig. Bis jetzt hat noch keine Behörde dazu Stellung genommen. Denkmalschutz sollte ja im öffentlichen Interesse liegen und es muss eine Güterabwägung gemacht werden, wo das grössere Interesse ist. Für uns, die Gemeinde Pratteln, hängt sehr viel, nämlich konzeptionell, zeitlich und finanziell an dieser Gleisunterquerung und auch am Quartierplan Zentrale und letztendlich OBI, der mit der Linie des Langsamverkehrs erschlossen werden soll. Und auch dort geht es bekanntlich um viel Geld. Ich fasse zusammen: Wir müssen dem Gemeinderat den Rücken stärken, ihn unterstützen, dass er seine Position gegenüber der SBB gut vertreten kann und das Postulat und den Auftrag stehen lassen.

Kurt Lanz: Auch wir von der SP sind der Meinung, es sei richtig, das Postulat stehen zu lassen. GR Urs Hess hat ganz, ganz wenig gesagt zur Fröschiunterführung, die bei uns auch zum Langsamverkehr gehört. Müssen wir nun mit der Fröschiunterführung so lange warten, bis die Geschichte mit der Passerelle gelöst ist oder liegt dort mehr Druck vor? Es gab ja eine Volksabstimmung und eigentlich müsste die Gemeinde schauen, dass die Fröschiunterführung bzw. deren Sanierung subito vorangetrieben werden kann. Das wir dort noch einmal so lange warten, bis generell neue Abklärung zur Passerelle getroffen sind, ist für mich ein Unding.

Stephan Bregy: Ich beziehe Stellung zu meinem Lieblingsthema, dem Schnellzugshalt in Pratteln. Es ist wirklich nervig. Wir sind auf die SBB angewiesen und die SBB reagiert einfach nicht, weist immer wieder Sachen zurück und mauert; die Sache ist sehr unbefriedigend. Ich glaube, wir sind, um die Entwicklung der Gemeinde voranzutreiben, auf eine kooperative SBB angewiesen und ihr habt sicher die Antworten zu den Interpellationen vom Chef der SBB, Andreas Meier, respektive der Regierung, zur Kenntnis genommen. Man merkt, dass sich die SBB immer wieder in Widersprüchlichkeiten verfängt und immer noch wie eine geschützte Werkstatt agiert. Wenn die SBB sagt, wir brauchen drei Jahre um einen Perron zu verlängern, weil die Planungsprozesse so langsam sind, dann muss ich sagen, dass sie aufwachen müssen. Ich glaube, wir kommen hierin politisch nicht mehr weiter und wir müssen überlegen, ob wir vielleicht mit der Presse reagieren und mit Isaac Reber Kontakt aufnehmen. Wir sind auf eine kooperative SBB angewiesen, die versteht, dass wir unzufrieden sind und dass die Gemeinde weiterentwickelt werden muss und dass die SBB eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang hat. Die SBB muss endlich aufwachen.

GR Urs Hess: Leider ist auch die Fröschiunterführung von dem Ganzen betroffen. Die Fröschiunterführung gehört eben nicht alleine der Gemeinde, denn auch die SBB ist daran beteiligt und die SBB muss auch einen Beitrag daran sprechen bzw. sie muss auch dort mitmachen, wenn wir an dieser Unterführung etwas machen wollen. Es sind Pläne vorhanden, die auch schon in der BPK diskutiert wurden und auch im Einwohnerrat waren. Ich kann hier keinen anderen Bericht machen: Ich habe versucht, die SBB mindestens hierher zu bringen, aber es geht einfach nichts von der SBB aus. Der Druck vom Gemeinderat Pratteln ist da und auch der Druck des Unterhaltes der SBB, aber sie wollen zuerst über die Passerelle geredet haben. Zur Passerelle gibt es einen Vertrag von 1913. Pratteln zahlt zwei Drittel der Unterhaltskosten und für uns ist eine Passerelle

heutzutage nicht der richtige Weg. Wir haben die Passerelle mit einem Gitter sicherer gemacht, obwohl dies die SBB eigentlich nicht wollte. So ergab es einen sicheren Schulweg. Es liegt nicht am Gemeinderat; der Druck ist vorhanden und wird auch aufrecht gehalten. Um mit der SBB zu verhandeln gibt es verschiedene Wege, aber leider, leider muss ich auch bei der Fröschiunterführung sagen, von uns aus könnte man starten, aber von der SBB aus noch nicht.

Fredy Wiesner: Die Fraktion der SVP ist dafür, das Postulat stehen zu lassen. Wie von GR Urs Hess gehört, handelt es sich um einen Zwischenbericht. Wir sollten ermöglichen, wenn das mit der SBB abgeschlossen ist, das Konzept definitiv zu erstellen.

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist dafür, das Postulat stehen zu lassen. Es gab eine Initiative für die Fröschiunterführung, wo wir vorwärts machen müssen. Auf jeden Fall ist wichtig, dass man SBB und Denkmalschutz aufzeigt, was die Situation bedeutet, die wir heute haben. Bahn und auch Autobahn teilen Pratteln in kleine Teile und wenn man städtebaulich anschaut, wie sich Pratteln entwickelt, sieht man, dass Querverbindungen nötig sind und etwas gemacht werden muss. Es sollte nicht sein, dass Sachen von 1913 im Wege stehen, denn 1913 war Pratteln extrem klein und hatte andere Bedürfnisse. Dies muss klar gemacht werden, auch mit Hilfe des Kantons, eventuell von National- und Ständerat, damit es vorwärts geht. Wir alle wissen, dass wir begrenzte Mittel haben, mit diesen Mitteln haushälterisch umgehen müssen und eine Planung machen, die uns vorwärts bringt. Wir sollten also dem Gemeinderat den Rücken stärken, dass auch hier etwas geht und der Druck aufrecht gehalten wird.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3132 wird stehen gelassen.

Geschäft Nr. 3151

Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung „Arco Verde“

Aktenhinweis

- Antrag vom 5. November 2019

GR Urs Hess: Die schriftliche Antwort liegt vor. Wir haben die Auffassung, dass mit diesem städtebaulichen Entwicklungskonzept, von dem das Grünraumkonzept ein Bestandteil ist, auch die Ideensammlung Arco Verde darin Platz findet. So sind wir der Auffassung, das Postulat erfüllt zu haben und ich bitte, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Paul Dalcher (Postulant): Ich danke GR Urs Hess für die Stellungnahme des Gemeinderates. Der Hinweis zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept ist aus freisinniger Sicht doch ein wenig zu hinterfragen, weil wir das methodische Vorgehen des Gemeinderates widersprüchlich finden. In der Beantwortung des Postulates zitiert der Gemeinderat „Pfllege der Grün- und Freiräume ist stark von der Nutzung abhängig“. Darum wollen wir zuerst die Wünsche der Bevölkerung bezüglich Nutzungsarten mittels einer Befragung erfassen und nicht umgekehrt. Was wollen die Anspruchsgruppen, die sehr vielfältig zusammengesetzt sein werden? Erst dann kann man auf die Frage eintreten, was die Gemeinde dort macht und wie es weitergeht. Sonst laufen wir Gefahr, dass wir Varianten und Entscheidungen haben, die er für die besten hält, aber die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr ungewiss. Der Vorstoss des Postulates hat drei Anträge. Die freisinnige

Fraktion befürwortet grundsätzlich die drei Anträge. Ich persönlich bin eher der Meinung, man solle dem Abschreiben nicht zustimmen. Auf jeden Fall bleiben wir dran.

GR Urs Hess: Lieber Paul. Ich kann dir versichern, dass dies der Gemeinderat nicht im stillen Kämmerlein macht, weil genau das städtebauliche Entwicklungskonzept ein Mitwirkungsverfahren hat, wo alle diese Bedürfnisse abgeholt werden und man sie so untereinander abwägen kann. Dies muss nicht separat gemacht werden.

Franziska Senn: Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben das Postulat geprüft und finden die grundsätzlichen Überlegungen sehr gut. Der Einbezug der Bevölkerung hat sich ja auch beim Schulhausausplatz bestens bewährt. Wie wir schon gesagt haben, sollte man es nicht einzeln betrachten, sondern integrieren und als Ganzes betrachten. Trotzdem sind wir für Überweisung.

Erich Schwob: Wir haben dies auch diskutiert und sind der Meinung, es sei gut erfüllt und dem Anliegen wird mit dem Grünraumkonzept und dem städtebaulichen Entwicklungskonzept Rechnung getragen. Wir sind dafür, abzuschreiben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

://: Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3203

Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Umgestaltung des Grossmattschulhausplatzes“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, vom 11. November 2019

GR Urs Hess: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wie wir es vorhin bei Arco Verde und auch dem Hundespielplatz hatten, gehört dies alles in das Grün- und Freiraumkonzept des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes. Das Geld für das städtebauliche Entwicklungskonzept wurde bereits gesprochen; es wird demnächst starten und darum packen wir auch dieses da ein, denn so macht es Sinn. Wir nehmen das Postulat entgegen.

Paul Dalcher (Postulat): Dank an GR Urs Hess. Ich bin froh und dankbar, dass der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, das Postulat entgegenzunehmen. Dies ist eine wichtige Sache und wir müssen auf dem ganzen Gemeindegebiet schauen, dass wir nach Möglichkeit versiegelte, asphaltierte Flächen entfernen und wasserdurchlässig gestalten. Dies kommt unserem Kleinklima sehr zugute und hat auch für die Benutzung durch die Bevölkerung einen grossen Wert. In dem Sinn sind wir gespannt, was für Ideen kommen und diese sehen wir später wieder hierin.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Überweisung dieses Postulates. Wir haben uns auch schon hierzu geäussert, dass man Massnahmen braucht um den Effekt der Klimaveränderung abzumildern. Dies ist ein Vorschlag, der vielleicht funktioniert und daher wert, ihn zu prüfen. Zur Vorgehensweise: Man kann es so machen, wie GR Urs Hess gesagt hat, und baut es, wie so viele andere Sachen, auch in das Grün- und Freiraumkonzept ein, das wiederum Teil des städtebauli-

chen Entwicklungskonzeptes ist. Uns interessiert, wie schwer das Konzept schlussendlich wird.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 28 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3203 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

„Zustand der Wege im Jörinpark“ (Benedikt Schmidt, UG-Fraktion)

GR Urs Hess: Frage 1: *Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass die Wege im Jörinpark in schlechtem Zustand sind?* Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Wege im Jörinpark in einem schlechten Zustand sind. Frage 2: *Wann werden die Wege in Stand gestellt und neu gemergelt?* Die Wege werden sehr viel genützt und einige wurden vom intensiven Gebrauch in Mitleidenschaft gezogen. Mergelwege benötigen einen gewissen Unterhalt. Ich teile mit, dass die Wege letztes Jahr kontrolliert wurden und dass bereits Massnahmen getroffen wurden, sodass in der Grössenordnung zweite Hälfte März die Wege in Stand gestellt werden, das Wasser auch wieder an den richtigen Ort läuft und man sie gut benützen kann. Wir werden dort eine Mischung aufbringen, wie sie in grösseren Städten verwendet wird und anschliessend sollten wir wieder über einige Jahre Ruhe haben und man kann die Wege bestens benutzen.

Frage 2

„Müssen diese Autospuren auf der Wiese bei Salina Raurica sein?“ (Christoph Zwahlen, U/G)

GR Urs Hess: Es geht um den Bahnhof Salina Raurica. Daneben befindet sich eine Wiese, auf der ab und zu Spuren sind, was scheinbar ein Problem darstellt. Frage 1: *Kennt der Gemeinderat den Zustand der oben genannten Wiese?* Bis jetzt hat es der Gemeinderat nicht gewusst und es stellt für ihn kein weltbewegendes Problem dar. Die Wiese wurde gemäht. Frage 2: *Ist der Gemeinderat bereit, Abhilfe zu schaffen, z. B. durch einige Steinblöcke oder ähnlichem entlang der Augsterstrasse, die ein Befahren verunmöglichen?* Der Werkhof hat bei der Dienststelle der SBB interveniert und die SBB hat zugesichert, dass die Chauffeure dieser Firma, die den Getränkeautomaten beliefern, nicht mehr über die Wiese fahren dürfen und dies wird auch entsprechend kontrolliert. Frage 3: *Ist es nach Ansicht des Gemeinderates möglich, die Fussgängerspuren als natürliche und sinnvolle kürzeste Verbindung z. B. als Mergelwege oder mit Häcksel aufzuwerten?* Manchmal nehmen die Leute auch Abkürzungen, die nicht unbedingt sinnvoll, aber kurz sind. Aber auch dies werden wir in Zukunft anschauen und wenn es wirklich Sinn macht, werden wir dort einen Trampelpfad anlegen und Mergel ausbringen. Wir schauen dies zuerst an.

Frage 3

„Bleibt die Giebenacherstrasse offen?“

(Christoph Zwahlen, U/G)

GR Urs Hess: Frage 1: *Ist dem Gemeinderat die Bedeutung der Verbindung der Längi zum Dorf via Giebenacherstrasse bewusst?* Die Giebenacherstrasse ist auch für den Gemeinderat wichtig, weil es die einzige Langsamverkehrsverbindung zwischen Längi und dem Dorf ist, die man sinnvoll nützen und nicht unterbrechen kann. Selbstverständlich hat dies der Gemeinderat dem Kanton gegenüber mitgeteilt, als es um die Diskussion der Baustelle ging und gefordert, dass dieser Durchgang immer offen bleiben muss. Für uns ist diese eine sehr wichtige Verbindung, die nicht unterbrochen werden darf. Frage 2: *Ist dem Gemeinderat bewusst, dass diese Verbindung nebst dem Anschluss der Längi ans Dorf auch der Schulweg der Sekundarschüler von Giebenach und Augst ist?* Selbstverständlich. Es handelt sich um eine wichtige Langsamverkehrsverbindung und darum sind wir sehr bemüht, mit dem Kanton eine Lösung zu finden, dass dort immer offen ist. Frage 3: *Garantiert der Gemeinderat, dass die Verbindung für Fussgänger, Velos und Mofas während der ganzen Bauzeit gewährleistet ist?* Was der Gemeinderat machen kann, macht er. Es ist bereits mit dem Tiefbauamt abgesprochen, dass diese Strasse als Bauherr realisiert, dass während der ganzen Bauzeit, in der diese Unterführung erstellt wird, eine Hilfsbrücke zur Verfügung. Es kann sein, dass man einige Tage das Velo stossen muss, aber diese Verbindung muss immer offen bleiben und dies ist beim Kanton auch so eingegangen.

Die Fragen sind beantwortet.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 20. Februar 2020

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Stephan Ebert

Joachim Maass